

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Anfrage

Vorlagennummer: **ANF/1599/2013**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 12.06.2013

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Julia-Christina Sator, CDU-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Stadtverordnetenversammlung		Zur Kenntnisnahme

Betreff:

Anfrage gem. § 29 GO der Stv. Sator vom 11.06.2013 - Zweitwohnsitzsteuer -

Anfrage:

Im Mai 2013 wurden vom Magistrat der Universitätsstadt Gießen, Abt. Stadtbüro, Gießener Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich ihres Zweitwohnsitzes in der Stadt angeschrieben und um Klärung ihres derzeitigen Meldeverhältnisses gebeten. Dabei fiel auf, dass Erstwohnsitznehmer/innen sowohl in Gießen als auch außerhalb der Stadt einen Text erhielten, in dem pauschal eine Zweitwohnungssteuer für sie mit den Worten „eine entsprechende Satzung ist in Vorbereitung“ angekündigt wurde. Gleichzeitig werden „für echte Gießener Studierende mit Hauptwohnsitz für die Zukunft noch einige weitere Vorteile geplant“. **Vor dem Hintergrund dieser Widersprüchlichkeiten frage ich den Magistrat:**

„Welche Satzungsinhalte mit welchen Steuersätzen sollen wann beschlossen werden?“

1. Zusatzfrage: „Welches Bürgerbeteiligungsverfahren, Befragung der UNI + THM, der jeweiligen Asten und Studentenvertretungsgruppen hat dazu stattgefunden?“

2. Zusatzfrage: „Welche einzelnen Bevölkerungsgruppen sollen von dieser Sondersteuer und auch den weiteren Vorteilen betroffen sein?“

3. Zusatzfrage der Fraktion: „Mit welchen Zusatzeinnahmen und Ausgaben (Vorteile) und auf welcher Datenbasis rechnet der Magistrat?“